

„Berliner Tageblatt“

erschient täglich (sonntags ausgenommen) an jedem Tag in einer...
Verleger: Carl Hering, Berlin, Unter den Linden 100.



Abonnements-Preis

für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das...
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nummer 264.

Berlin, Freitag, den 27. Mai 1904.

XXXIII. Jahrgang.

Hierzu die Wochen-Beilage „U.L.K.“ No. 22.

Das neue Kartell.

Es gibt Männer, die nicht sterben können; der Kartellgedanke scheint dazu zu gehören. Ein einziges Mal, im Jahre 1887, ist es gelungen, eine Kartellmehrheit im Reichstag zu schaffen, und auch damals nur durch den Dankspruch Schwedens. Was der Kartellrechtler produziert hat, das liegt den deutschen Völkern heute noch schwer im Magen; unter der Verlängerung der Wahlperiode von drei auf fünf Jahre und der unumgänglichen Einschränkung der Korvöllerei laborieren wir noch immer. Das Volk schüttelte dem auch bei den nächsten Wahlen das harte Kartelljoch wieder ab; alle Versuche, das Kartell zu einer dauernden Institution zu machen, sind schlägig gescheitert. Aber nach wie vor existiert der Kartellgedanke hinhilf in sonst friedlich geschrittenen Köpfen an.

Es wirkt geradezu tragisch, wenn man die Wirkung dieser politischen Theorie auf die nationalliberale Partei verfolgen will. Immer wieder, zuerst auf den Parteitag in Göttingen und Hannover, entdecken die Nationalliberalen ihre alte liberale Vergangenheit und ihre alten liberalen Väter. Da stimmt dann der Mund über von Freiheit und Liberalismus, da schwimmt man in Revolutionen, die endlich ein Ende machen der schmerzlichen Zeit im Reich der herbeiziehenden, Bewusstseins der sozialen Gesetzgebung annehmen sollten. Aber wenn es zum Klappen kam, wenn es sich darum handelte, die schönen Parteibilder zu verwirklichen, dann fiel der Kartellgedanke wie ein böser Geist auf die neu aufsprießende liberale Herrlichkeit.

So war es im Reichstage, als der Kampf um den Zolltarif die Geister aufeinanderbrachte. Damals war es der in Frankfurt a. M. wiedererwachte Herr Westermann, der das Meiste des Kartells durchführte. Nur der Beifall der Nationalliberalen war es zu danken, daß der Zolltarif mit seinen Minimalzöllen auf Getreide und seinen bedeutlichen „Aufstimmigkeiten“ das Recht der Welt erblickte. Wenn noch heute, 17 Jahre nach jener wüsten Demagogik, in welcher die wiedererstandene Kartellmehrheit gegen Brauch und Recht den Zolltarif erzwang, kein Mensch weiß, mit wem unser handelspolitische Verantwortung lastet, so sind Herr Westermann und seine nationalliberale Gesellschafter daran schuld.

Man sollte meinen, daß die Spuren schreien mußten. Eine Zeitung schien es auch so. Weingleich die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Nationalliberalen und den Freirechtlichen fast Tag für Tag sich bemerkbar machten, so suchten die Nationalliberalen doch wieder Fühlung nach links. Der Freirechtlich fast alles, um dem nationalliberalen Ansehen zu schaden, und die Freirechtlichen nationalliberalen Ansehen zu schaden. Er hat bei der Reichstagswahl den Freirechtlichen den Weg gebahnt, der sie zum Sieg führte. Er hat auch mit weit gehender Entladung zusammen mit den Nationalliberalen im preussischen Abgeordnetenhaus einen Wahlreformvertrag eingebracht, der mehr als nationalliberale als als freirechtliche Forderungen eingeschrieben war. Wir haben diesen Vertrag freilich nicht gezeichnet, weil wir uns sagten, daß der liberale Gedanke durch diese Störung erleiden dürfte. Aber man mußte wenigstens erwarten, daß dieses freirechtliche Entgegenkommen dieses offene Angebot einer Waffenbrüderschaft auch im nationalliberalen Lager gewarbt würde.

Was geschieht statt dessen? Die nationalliberale Partei geht hin und schließt mit der konservativen Fraktion, diesem Lobredner des Liberalismus, einen neuen Pakt, einen Pakt nach dem alten, denjenigen Vertrag, den sie mit den Freirechtlichen und liberalen Weltanschauung an weitesten auseinanderlassen, über die Volkssache. Umhüllt fragt man sich, was mit diesem konservativ-nationalliberalen Vertrag eigentlich gemeint wurde. Eine zwingende Notwendigkeit lag dazu in keinem Falle vor, da die Gefahr einer liberal-konservativen Majorisierung des Liberalismus in der Schlußphase heute nicht größer ist, als sie vor 12 Jahren bei der Reichstagswahl vorlag war. Auch ist es nicht gerade sehr glücklich, die durch die Reformen des Reichstages und der Reichstagswahl, die durch alles begünstigt, was er selbst haben wollte. Man kann nur annehmen, daß es sich auch diesmal wieder um einen Rückfall in die Kartellfreiheit handelt, von der annehmend mande nationalliberalen Führer nicht genesen können.

annehmen kann, er werde nicht wirkungslos verpuffen. Herr Friedberg selbst hat schon den Rückzug eingeleitet, indem er darauf hinwies, daß ein Antrag noch kein Gesetz sei. Das kann nur heißen, daß man einem Gesetz, das dem Kartell entspricht, schließlich die Zustimmung verweigern möchte. In diesem Falle hätte man freilich den Antrag nicht stellen sollen. Aber es ist immer noch besser, daß ein falscher Schritt zurückgetan wird, als daß man in verborgener Hartnäckigkeit auf dem verhängnisvollen Wege weitergeht. Es sieht gerade in diesem Falle wie auf dem Spiele. Entscheidend ist die nationalliberale Partei für die Unterwerfung der Schule unter die Kirche, dann ist das Licht zwischen dem Freirecht und dem Nationalliberalismus für lange Zeit zerfallen. Der Zwang der Dinge muß es mit sich bringen, daß die Nationalliberalen immer weiter in das konservativere Lager gezogen werden. Ein neues Kartell würde die notwendige Folge. Und diese Renaissance der alten Kartellgruppen würde nicht wieder zu Angriffen auf die konstitutionellen Rechte des Volkes, besonders auf das Reichstagswahlrecht, im Reich führen, müßte die Reformbewegung in Preußen völlig verpuffen lassen und müßte zugleich die über wirtschaftliche Reaktion noch verschärfen.

Das es an solchen Tendenzen innerhalb der nationalliberalen Partei auch heute nicht fehlt, ist leider nicht zu leugnen. Die Freirechtlichen mit ihren Angriffen auf das Reichstagswahlrecht stieg sich außer auf konservativere Männer auch auf nationalliberale Führer. Auch im neu gegründeten Reichsverband gegen die Sozialdemokratie haben sich nationalliberale Abgeordnete hervorgetan. Es liegt in dem Wesen der nationalliberalen Partei, daß es bei solchem Vorgehen keine Kontrolle in seinen Reihen gibt; es liegt in dem Wesen eines hervorgetretenen Führers, daß er sich für die Partei gegen die Partei auszusprechen erlaubt. So ist es auch heute, wenn es sich um den Reichstag handelt, wenn es sich um die Reichstagswahlrecht proklamieren, allerdings diesmal mit dem Erfolge, daß man ihm den Stuhl vor die Tür setzt.

Rechtliche Tendenzen werden auch in Zukunft nicht so bald aus der nationalliberalen Partei verschwinden. Aber ein Schritt zum Einbruch, das sie heute nicht mehr den Ausschlag geben, als ob man in der nationalliberalen Partei sich heute mehr als in der nationalliberalen Vergangenheit befindet; zumal die große Masse, die sich noch nationalliberal nennt, denkt heute viel freier als früher. Hier hat besonders der nachgehende Einfluß des Ultramontanismus seine Wirkung getan. Man sieht ein, daß das Reich nicht auf die Dauer vom katholischen Meist und seinem willkürlichen Gesetze regiert werden kann, wenn es nicht darüber aus dem Reich gehen soll. Der protestantische Geist wird so zu einem ferment des Liberalismus. Diese Tendenz muß aber schließlich auch auf die Parteiführer zurückwirken, da sie sonst zu beargwöhnen haben, daß ihnen die Massen entzünden werden. So darf man hoffen, daß der Schultaltrag, der einen so kläglichen Versuch unternahm, die nationalliberalen Freirechtlichen des Abtrünnigen zu zeigen, zu gleichen Teilen von der nationalliberalen Partei anbahnt. Aber die heutige politische Lage im deutschen Reich unbefangener würdiger, der kann nicht daran zweifeln, daß die Reichstagswahl für einen liberalen Zusammenschluß günstiger liegt als je zuvor. Der Freirechtlich hat in nationalen Fragen längst eingesehen. Auf der anderen Seite wird in allen liberalen Kreisen der agrarisch-kleinrenten Geist, der auf unserer Wirtschaftspolitik wie auf unserem Wirtschaftsleben liegt, gleich stark empfinden. Der Drang nach Freiheit ist im Volk nie so intensiv gewesen wie heute. Man ist der Bevormundung überdrüssig geworden, die sich überall an den Einzelnen wie an die Gesamtheit heranzumachen sucht. Es ist Zeit, daß auch die liberalen Fraktionen etwas von dem freien Geist lernen, der in der Volkswelt, und sich über die trennenden Gegensätze hinweg, die Hand zum Hand reichen. Das reaktionäre Kartell ist tot. Die Nationalliberalen sollten sich für zu gut halten, es zu neuem Scheitern erwecken zu wollen.

Japanischer Brief.

(Von unserer Korrespondenten)

Leipzig, 26. April.

Als erster Bericht von deutscher Seite über den Angriff der Japaner auf Port Arthur wurde hier der Bericht des Berliner Tageblattes in der „Japan-Times“ veröffentlicht. Ueberhaupt beschäftigt man sich in der japanischen Presse sehr mit der Frage des Saikuan und der Saikuan. Man geht einher mit der Haltung Deutschlands, daß im letzten Augenblick die maßgebende ist. In Erinnerung an die Zeit nach dem japanisch-chinesischen Kriege fühlte man immer noch in Deutschland die treibende Kraft zur Intervention (?) und suchte auch jetzt wieder eine solche. Im Hinblick darauf betrachtete man hier das englisch-japanische Kolonialabkommen als eine ganz gute, unvollkommene Entscheidung. In der Tat bemerkt die „Japan-Times“, daß eine Intervention in diesem Anfangsstadium des Krieges eine Unmöglichkeit wäre. Bevor davon die Rede sein könnte, müßten beide Teile zunächst einmal von ihrer Stärke oder Schwäche überzeugt werden, denn nur das Vorhandensein der beiden unüberwindlichen Macht und die dadurch erzeugte maßlose

Ueberhebung und das rücksichtslose Vorgehen Rußlands hätten Japan zum Kriege gezwungen.

Die „Machi-Zeitung“ beschäftigt sich in einem Artikel mit der „maßlosen“ Einbildungskraft (?) des Kaisers und dem von ihm erfindenen (?) Schlagwort die „gelbe Gefahr“. Dies habe bewirkt, daß das anti-japanische Gefühl in Zentralfinnland, japanische Überlegenheit, daß Japan durch seinen noch so großen Sieg sich verhalten lassen werde, anderen Mächten gegenüber nach dem Kriege unbillige Vorteile zu beanspruchen. Wir wollen nur „fair play“ (ehrliches Spiel); und wir erwarten und erlauben nicht, daß irgend ein „outsider“ uns verhöhnt, den bestmöglichen Gebrauch von unserer Stellung in unserer Kulturkämpfe zur Entwicklung und zum Fortschritt unserer Nation entgegenstellt, so lange wir uns in oben genannten Grenzen bewegen. Für die Untertanen des Kaisers wird immer Raum genug bleiben im fernem Osten zur Erlangung ihres Anteils an Handel und Verkehr, sobald eine Opposition seitens Deutschlands gegen unsere gerechten Ansprüche fallig sein werde, besonders da eine Schwächung Deutschlands nur die Alierberausichtigung Berlins als politisches Zentrum Europas bedeuten würde.

Nach Graf Tama erklärte in einer Verankerung der Fortschrittler, daß in der Mitte des Krieges eine Intervention zu erwarten sei, und daß Japan eine Seemacht nach dem Kriege noch mehr zu verfesten gezwungen sein würde, wie das auch andere Mächte hier im fernem Osten tun würden. Was die Situation auf dem Kriegsschauplatz betrifft, so scheint man doch auf japanischer Seite allmählich den Glauben an die Möglichkeit einer Genahmung von Port Arthur von der See her allein aufzugeben. Das unerbittliche Feuer scheint wenig Wirkung gehabt zu haben, und man hat die Hoffnung noch für Monate hinaus verproviantiert ist. Von Port Arthur im Norden, von Lande aus anzugehen, wird es erst eines entscheidenden Sieges im Norden bedürfen, und bevor das möglich ist, kann noch viel Zeit vergehen. Eine Landung der Japaner in Jintan (der russische Ort im Nördlichen), welche in den letzten Tagen von russischer Seite als bevorstehend gemeldet wurde, würde für die Japaner ein Vorteil sein, wenn sie sich dort festsetzen und die russischen Truppen gegen die dort liegenden elektrischen Anlagen bedeuten, ist also sehr unwahrscheinlich. Alles, was die Japaner tun werden, ist ein schnittweises Vorgehen von Jalu aus gegen die Dalnina Port Arthur-Mutten.

Nach den neuesten Meldungen hat es den Anschein, daß die Russen sich auf die Defensivlinie beschränken und ebenfalls nicht bis Jintan vordringen werden, wenn sie auch den Japanern alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg legen werden. Jedenfalls kann es den Russen nur nützlich sein, wenn sie die Japaner möglichst weit von der Küste abziehen und selbst Zeit gewinnen zur Heranziehung größerer Truppenmassen. Im Falle eines Sieges der Russen haben die Japaner dann auch noch einen gefährlichen Gegner, die Korcorer, im Norden, die in keiner Weise aufmerksamer zu werden müßten, ein Grund mehr für die Russen zur Befolgung ihrer Defensivpolitik.

Das Verfehlen eines weltlosen Handelsstiftes vor Genan vor einigen Tagen veranlaßt die japanischen Zeitungen, ihrem Zorn über die russische Barbarei Ausdruck zu geben: Die Japan-Times bedauert Rußland, daß es sich durch eine solche Handlungsweise, wie es der Angriff und das Zügelquandbrot von weltlosen Schiffen ist, die in keiner Verbindung mit dem Krieg haben, die Empathien aller zivilisierten Nationen verletzten würde. Die „Machi-Zeitung“ sagt, die Vorgänge in Sagawo-Hafen und Kishino werden jetzt verständlicher, wenn man diese wiederholten Fälle von Barbarei betrachtet, die offenbar in der Natur der Russen liegen. Die „Machi“ meint, selbst wenn die Russen die Schuld der schwachen japanischen Besatzung von Genan geschuldet hätten, so hätten sie es doch mit ihren Streitkräften im Norden in ihrer Macht, das Schiff aus dem Hafen herauszubringen und es als Beute mitzunehmen anstatt es in den Grund zu schießen.

Der Korrespondent der „Machi-Zeitung“ lenkt die Aufmerksamkeit auf den stark verneinten Handel chinesischer Dampfer zwischen Kantschun und Liautung. Auch die Entsendung zweier deutscher Ingenieurtruppen zur Beobachtung der Eisenbahn zwischen Hantschun und Kantschun ist eine neue Laube (?) Handlung. Zwei habe Zeitland um die Erlebenszeit von Han der Strecke beim Gouverneur Chensu nachgehakt, die sie aber noch nicht erteilt, und deshalb sei der Bischof von Hantschun geneigt, die Erlebenszeit zu verlagern. Die beiden japanischen Dampferlinien Nippo-Jessen-Kaisa und Otsa-Schoten-Kaisa beabsichtigen, bei erst kürzlich wieder aufgenommenen Werk im Besitz des Reich und nach Genan wegen der frei herumtreibenden Minen in jenen Gewässern aufzugeben. Die Gesundheit der Marinekorps wird als vorzüglich geschätzt, es seien nur sechs Fälle von Diphtherie seit dem 6. Februar festgestellt, und die strengsten sanitären Maßregeln getroffen, um eine Ausbreitung von Krankheiten im Eintritt der warmen Witterung zu verhindern. Der Dan des neuen Dosa in Wabantschi bei Kobe schreitet rätig vorwärts. Der im vorigen Jahre wieder entdeckte Heilerherber von einer finstlichen (englischen) Welt lange umhüllt ein Gebiet